

... so sieht's die CDH

► **CDH fordert Investitionen statt Subventionen**

Die CDH kritisiert den vom Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossenen Etat 2010. Trotz der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wollen die Regierungsparteien die Investitionsausgaben um 400 Millionen Euro senken. Davon bleibt auch der größte Investitionshaushalt des Bundes, der Etat des Bundesverkehrsministers nicht verschont. Statt die Inlandskonjunktur mit einer Ausweitung dringend benötigter Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zu stützen und dabei gleichzeitig deren Mängel und Defizite zu verringern, werden Sozialausgaben und Subventionen, z.B. für Landwirte, erhöht.

Bundesverkehrsminister Ramsauer kämpft nach eigenen Bekunden dafür, das in den nächsten Jahren rund 11 Milliarden Euro pro Jahr für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zur Verfügung stehen. Das wäre eine Steigerung um mehr als 1 Milliarde Euro, also über 10 %. Diese gute und von der CDH befürwortete Absicht muss aber durch Einsparungen im Bundeshaushalt an anderer Stelle realisiert werden. Auf keinen Fall darf dazu die LKW-Maut erhöht oder ausgeweitet werden. Erst recht darf dazu keine Straßenbenutzungsgebühr für PKW eingeführt oder die Mineralölsteuer erhöht werden. Denn bereits heute übersteigen die vielfältigen und hohen Steuern und Abgaben von PKW- und LKW-Haltern die Ausgaben für die Straßenverkehrsinfrastruktur bei weitem.

Berlin, 24. März 2010